

«Die politische Lähmung verschlimmert die Budgetkrise»

Von Walter Niederberger. Aktualisiert am 04.06.2011

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit weckt in den USA schlimme Befürchtungen. Noch schlimmer als die Wirtschaftszahlen sei aber die Politik, die tatenlos zusehe, finden Kommentatoren.



Schwere Zeiten: Jobsuchende in den USA.
Bild: Keystone

Artikel zum Thema

**Auch Moody's droht nun der US-Regierung
US-Wirtschaftsdaten schicken Börsen auf Talfahrt
US-Finanzminister warnt vor Staatsbankrott**

Eine angeknackste Konsumentenstimmung, sinkende Löhne, der angeschlagene Immobilienmarkt, Schulden über Schulden, und nun noch dies: Die **Arbeitslosigkeit** steigt in den USA nach kurzer Besserung wieder an und weckt die Befürchtung, das Land könne in eine zweite Rezessionsdelle absinken.

Rekordhohe Staatsverschuldung

Stichworte

Arbeitslosigkeit



Korrektur-Hinweis

Melden Sie uns sachliche oder formale Fehler.

senden

Noch schlimmer als eine Serie deprimierender Wirtschaftszahlen diese Woche erscheint die Reaktion der Politik. Weder der Kongress noch der Präsident planen zusätzliche und rasch wirksame Hilfen, um beispielsweise den Hauskauf zu erleichtern oder notleidende Hypotheken aufzulösen. «Die politische Lähmung ist angesichts des Wirtschaftsstillstands eine schlechte Nachricht», so der ehemalige Arbeitsminister Robert Reich. «Sie verschlimmert auch die Budgetkrise, weil sie den Zeitpunkt noch

weiter hinausschiebt, an dem die Verschuldung abgebaut werden kann.»

Angesprochen ist damit die rekordhohe Verschuldung des Staates, die technisch gesehen die gesetzlich zulässige Grenze von 14'300 Milliarden Dollar überstiegen hat. Hätte das Finanzministerium nicht mit Buchhaltungstricks die Grenze bis in den Sommer verlängert, wären die USA zahlungsunfähig. Aus diesem Grund versah gestern nach Standard & Poor's auch die Ratingagentur Moody's die US-Staatsanleihen mit einer scharfen Warnung. Sollte der Kongress nicht bis Juli die Budgetkrise behoben und einen Weg zur Schuldentilgung gefunden haben, so müssten die Anleihen ihre Triple-A-Kreditqualität verlieren. Es wäre dies das erste Mal, dass die US-Regierung nicht mehr zu den Topgläubigern zählt. Diese Perspektive stufen die Märkte aber weiterhin als höchst unwahrscheinlich ein. Die Preise für die US-Anleihen zeigen vielmehr, dass die Finanzakteure an eine rechtzeitige Schuldenlösung glauben. Dies wiederum wird von der Politik zum Anlass genommen, eine ernsthafte Finanzdebatte aufzuschieben.

16 Prozent Arbeitslosigkeit

Der jüngste Bericht vom Arbeitsmarkt bestätigt indessen das Bild einer anhaltend schweren Krise. Obwohl die Rezession offiziell vor zwei Jahren im Juni 2009 endete, bewegt sich die amerikanische Wirtschaft kaum vom Ort. Im Mai wurden nur 54 000 neue Stellen geschaffen, dreimal weniger als Ökonomen erwartet hatten und sechsmal weniger als nötig wären, um Richtung Vollbeschäftigung zu steuern. Die Erwerbslosenquote stieg wieder auf über 9 Prozent; und die inoffizielle Quote (inklusive der ausgesteuerten und nicht mehr vermittelbaren Arbeitskräfte) liegt bei 16 Prozent.

Das Land verfügt derzeit nur über knapp mehr Arbeitsplätze als vor zwei Jahren; während jeder andere Aufschwung seit dem Zweiten Weltkrieg zum gleichen Zeitpunkt mindestens zwei Millionen zusätzliche Stellen geschafft hatte. Ganz düster sieht der Immobilienmarkt aus, sind die Preise doch seit Juni 2009 noch einmal um 7 Prozent gesunken. Dies ist der faule Kern der Wirtschaft. Die tiefen Häuserpreise drücken immer mehr Besitzer in den Bankrott. Sie belasten die Bilanz der Banken und lähmen ihre Kreditfähigkeit. Und sie hemmen die berufliche Mobilität. Amerikaner zahlen heute eher Schulden zurück, als dass sie eine Stelle in einer anderen Region des Landes suchen. Dieses untypische Verhalten hemmt schliesslich auch den Konsum. Davon aber hängen fast 70 Prozent der Wirtschaftsleistung ab.

Erstaunlich sei der Rückzug der Amerikaner als Konsumenten nicht, meint Sebastian Mallaby, Direktor des Greenberg Center for Geoeconomic Studies. Das an der Wirtschaftsleistung gemessene Defizit sei dreimal grösser als in jeder anderen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Leute seien zu Recht besorgt wegen der Schuldenkrise. Die unbequeme Wahrheit sei, so Mallaby, dass die schwierigste Zeit erst bevorstehe: der Zeitpunkt, an dem Kongress und Präsident die unpopulären Schritte zur Budgetsanierung gehen müssen. (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 04.06.2011, 07:42 Uhr

Empfehlen

6 Personen empfehlen das. Empfehle dies deinen Freunden.